

Rede zum Haushalt 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Merklinger,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

unsere diesjährige Haushaltsrede steht unter dem Titel „Mehr Nachhaltigkeit in der Stadtpolitik“.

"Wenn's ums Geld geht, hört der Spaß auf", lautet ein altes Sprichwort.

Beim Haushalt einer Gemeinde geht es um Geld und bei uns in Walldorf ging es in den letzten Jahren immer um viel Geld. Bisher war der Spaß tatsächlich groß, konnten doch alle, Bürgermeister, Verwaltung, Parteien, Bürger aus dem großen Topf gut bedient werden, doch der Topf wird nicht mehr nachgefüllt, er wird leer, spätestens 2010, wird es aus ihm nur noch tröpfeln. Das bedeutet und fordert neue Überlegungen anzustellen. Für uns ist eines der wichtigsten Kriterien die Nachhaltigkeit.

Nachhaltigkeit bedeutet heute „eine dauerhafte Entwicklung, welche die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation erfüllt, ohne künftige Generationen der Fähigkeit zu berauben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“. Nachhaltigkeit ist bei uns in der Fraktion schon lange ein ernst genommenes Thema, inzwischen findet es auch hier im Rat Berücksichtigung. Wir wollen es gerade unter den Voraussetzungen veränderter finanzieller Rahmenbedingungen noch einmal hervorheben.

Anhand dieses Prinzips haben wir einige Schwerpunkte gebildet.

Unser Ziel ist es, eine Walldorfer Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln:

1. Mit dem Klimaschutzkonzept und dem Ausbau der Solarstadt Walldorf den Auswirkungen des Klimawandels begegnen
2. Den Wirtschafts- und Bildungsstandort Walldorf zu konsolidieren
3. Den Standard „Familienfreundlichkeit“ zu festigen
4. Ausblick auf das „Unternehmen Stadt“

1. Mit dem Klimaschutzkonzept und dem Ausbau zur Solarstadt den Auswirkungen des Klimawandels begegnen

„Global denken, lokal handeln“ lautet seit vielen Jahren ein Motto, dessen sich die Stadtratsfraktion der Grünen verpflichtet hat. Aber was bedeutet nun „global denken“? Lassen Sie mich, bevor ich zu den konkreten Maßnahmen in unserer Stadt komme, die Auswirkungen des Klimawandels darstellen.

Heute ist zwischen allen Fachleuten und Fachpolitikern jeder Couleur unbestritten, dass eine **globale Klimaveränderung** bevorsteht und eine Klimaerwärmung bereits eingesetzt hat. Die Klimawissenschaftler machen das an mehreren Ereignissen fest:

- die Hitzewelle in Europa im Juli dieses Jahres, die zu ausgetrockneten Flüssen geführt hat,
- die starken Unwetter – zuletzt der Orkan Kyrill
- der Hurrikan in Nordamerika im Jahr 2005,

- die Flutkatastrophe im Jahr 2002 – nicht nur an der Elbe,
- die seit einigen Jahren angestiegenen Temperaturen in den Wintermonaten,
- die verstärkte Zunahme von Niederschlägen im Winter sowie
- die Abnahme von Niederschlägen im Sommer.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind also unmittelbar auch in Walldorf zu spüren und sie haben Auswirkungen auf die Vegetation, die Tiere und den Menschen.

Mehr Hitzetage haben Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung, geringere Sommerniederschläge bereiten unserer – noch vorhandenen - heimischen Landwirtschaft Probleme, die geringe Wasserführung der Flüsse stellt die Kraftwerke und die Industrie vor Herausforderungen und höhere Wassertemperaturen führen zu Veränderungen des Lebensraums Wasser.

Wir sind daher der Meinung, dass sich politisches Handeln in der Kommune diesen lokalen Auswirkungen der Klimaerwärmung stellen muss. Nur, wenn wir jetzt diese Auswirkungen bei städtebaulichen Vorhaben, bei jedem zu diskutierenden Bebauungsplan sowie allen kommunalen Maßnahmen berücksichtigen, können wir die Zukunftsfähigkeit der Stadt gewährleisten.

Eine bedeutende Rolle spielen hierbei die Bereiche Energieeffizienz und Mobilität.

a) Zur Energieeffizienz

Durch die Einrichtung der Funktion eines Energiebeauftragten sollen die strukturellen Voraussetzungen für ein kommunales Energiemanagement geschaffen werden.

Wir beantragen, uns vor der Erstellung des Haushaltsplans 2008 einen **Zwischenbericht zum Stand des Energiemanagements** mit einem ersten Maßnahmen- und Kostenkatalog vorzulegen.

Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, zu prüfen, inwiefern sich die Kontrolle von Verbrauchsdaten städtischer Gebäude, die Optimierung der vorhandenen Regelungstechnik sowie die Schulung des Bedienpersonals finanziell auswirken werden.

Vorstellbar wäre auch eine erfolgsabhängige Bezahlung eines **Energieingenieurs oder einer Firma dieses Segments**, sofern die Aufgabe nicht mit bestehendem Personal zu erreichen ist oder sich eine neu zu schaffende Stelle nicht aus den Einsparungen finanzieren würde.

Vom Stadtbauamt soll für das Jahr 2007 eine Modernisierungsleitlinie für städtische Gebäude begonnen werden, in der ein Konzept zur kontinuierlichen Sanierung enthalten ist.

Wir beantragen, dem Gemeinderat ein **Finanzierungskonzept für die erforderlichen Sanierungsarbeiten** vorzulegen, in dem die Auswirkungen des neuen Haushaltsrechts - insbesondere die Bildung von Rückstellungen für künftig notwendige Instandhaltungen und der Wertverlust der Liegenschaften - berücksichtigt sind. Die auf unseren Antrag hin geschaffene Position im Haushalt für Investitionen – Modernisierungen – Erneuerungen – Rücklage erfährt somit direkte Aufnahme im Etat.

Diese Prüfung soll erfolgen, unabhängig davon, ob es eine Entwicklung oder Lösung für die Städtischen Wohnungen im Rahmen einer anderen rechtlichen Betriebsform geben kann oder wird.

Energie und Stadtwerke

Dass Walldorf in vielen Bereichen "spitze" ist, ist bekanntlich kein Geheimnis. Dass dies allerdings auch für die Gaspreise gilt, kam für alle Beteiligten – Stadtrat, Aufsichtsrat

sowie die Geschäftsführung der Stadtwerke Walldorf eingeschlossen – überraschend. Für die Empörung in Teilen der Bevölkerung haben wir Verständnis, für einige in der Öffentlichkeit vorgebrachte Argumente hingegen weniger. Die hohen Gaspreise in Walldorf liegen nicht daran, dass die SWW von den Heidelberger Stadtwerken ein "marodes Netz" zu teuer übernommen hätten.

Die hohen Preise liegen *zum einen* an der bisher handwerklich mangelhaft umgesetzten Liberalisierung der Gasnetze in Deutschland. Diese hat dazu geführt, dass der Begriff Wettbewerb für viele Gaslieferanten weiterhin ein Fremdwort bleiben darf. Die Tatsache, dass sich nur zwei Versorger an der Ausschreibung zur Gaslieferung für die SWW beteiligt haben, belegt diese Einschätzung eindrucksvoll. Monopolspiele von Seiten der Gaswirtschaft dürfen aber nicht weiter auf dem Rücken der Walldorfer Stadtwerke und – was wesentlich wichtiger ist – auf dem Rücken der Walldorfer Gaskunden ausgetragen werden. Wir sind zuversichtlich, dass die beschlossenen gesetzlichen Regelungen zur Gasdurchleitung noch in diesem Jahr greifen, und zu einer Reduzierung der Gasbezugspreise führen werden. Gegebenenfalls kommt auch der Bau einer zweiten Gas-Versorgungsleitung, die die SWW vom Netz der Heidelberger Stadtwerke unabhängig machen, in Frage.

Zum anderen liegen die hohen Gaspreise aber auch an der Struktur des Walldorfer Gasnetzes. Oberstes und überlebenswichtiges Ziel gerade für die Erdgassparte der SWW muss es daher sein, das verlorene Vertrauen durch eine intelligente und aktive Produkt-, Kunden- und Kommunikationspolitik *zurück* zu gewinnen, um neue Gaskunden im industriellen wie im privaten Bereich *hinzuzugewinnen*, so dass sich die fixen Netzkosten auf eine höhere Abnahmemenge verteilen und die Kosten pro kWh sinken können. Dies ist nicht nur eine ökonomische Notwendigkeit, sondern gerade für uns Grüne auch aus ökologischer Sicht wichtig: Erdgas ist im Vergleich zu Erdöl oder gar Kohle wesentlich umweltfreundlicher. Unabhängig davon gilt die alte Binsenweisheit, dass die billigste Energiequelle immer noch das Energiesparen ist. Ordentlich isolierte Fenster, gedämmte Wände und Decken sparen nicht nur Energie und Emissionen sondern schützen auch vor Preissteigerungen bei Öl und Gas. Finanzielle Unterstützung bieten hier die vorbildlichen Umweltförderprogramme der Stadt Walldorf, die ja von uns Grünen initiiert wurden und deren Weiterführung wir natürlich begrüßen. Über weitergehende Beratung durch die KLIBA und/oder andere und gezieltere Formen der Öffentlichkeitsarbeit muss man sich Gedanken machen. Im Übrigen ist dies praktische Wirtschaftsförderung, da die aus der Beratung hervorgehenden Arbeiten überwiegend von heimischen Handwerkern durchgeführt werden.

Aber auch durch Verhaltensänderungen lassen sich Einsparungen erzielen. So vermindert sich durch das Absenken der Zimmertemperatur um ein Grad der Wärmebedarf um rund 6%! Das spart nicht nur Kosten, sondern auch Treibhausgase und trägt dazu bei, die Erderwärmung zu bremsen.

Die Erde ist freundlich – und wir Menschen nicht, ruft uns zurzeit Herbert Grönemeyer aus dem Äther in Erinnerung. Klimawandel und Klimapolitik sind zurzeit in aller Munde und hoffentlich nicht nur in Mode. Die Bundesregierung hat Klimapolitik zu einem Kernthema der EU Ratspräsidentschaft und des G8-Gipfels erklärt, Klimawandel ist Hauptthema auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos und selbst der amerikanische Präsident schafft es nicht mehr, den vom Menschen verursachten Treibhauseffekt öffentlich zu leugnen. Hier in Walldorf wird aber nicht nur auf den Busch geklopft, sondern wir sind der großen Politik in Sachen Klimaschutz seit Jahren schon einen oder

gar zwei Schritte voraus. Das in 2005 erklärte Ziel, mit Hilfe der Klimaschutzkonzeption jährlich drei Prozent CO₂ einzusparen, ist sehr – wir befürchten sogar "zu" ehrgeizig. Ein besonderes Highlight ist in diesem Zusammenhang für uns die Fertigstellung des Kunst- und Musikpavillons am Gymnasium in Passivhausbauweise in diesem Frühjahr. Dieses Beispiel muss im wahrsten Sinne des Wortes "Schule machen". Wir Grünen freuen uns, dass wir von diesem Projekt die Stadtverwaltung und die anderen Parteien schließlich doch überzeugen konnten und ihm im GR mit Mehrheit zugestimmt wurde. Dafür noch einmal ein herzliches Danke schön.

Auch von den Walldorfer Stadtwerken, insbesondere von der Geschäftsführung erwarten wir Grüne in Sachen Klima- und Umweltschutz mehr als das bisher gezeigte Engagement. Nur Dank des großen Einsatzes Grüner Aufsichtsräte soll noch in diesem Jahr mit dem Bau einer Fotovoltaik-Anlage mit einer Leistung von einem Megawatt – sie wird also etwa 350 Anlagen auf Privathäusern entsprechen – gebaut werden. Bei diesem Projekt handelt es sich nicht, wie vielleicht von manchem voreilig vermutet, um Grüne Spinnereien, die sich wirtschaftlich nicht tragen. Vielmehr handelt es sich um eine korrekt kalkulierte Investition, die sich dank der für 20 Jahre gesetzlich garantierten Einspeisevergütung auch wirtschaftlich rechnet. Die Kosten der Fotovoltaik werden über diese Einspeisevergütung also nicht auf die Walldorfer Stromkunden, sondern auf alle Stromkunden in Deutschland umgelegt, während die Profite bei den Stadtwerken und deren Eigentümerin (der Stadt Walldorf) verbleiben.

Apropos Ökostrom: in diesem Zusammenhang erlauben wir uns auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir als Grüne mit dem Strommix, den die Walldorfer Stadtwerke anbieten, nur bedingt zufrieden sind. Der Anteil erneuerbarer Energien ist mit 20% erfreulicherweise zwar fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt für ganz Deutschland, der Anteil an Atomstrom liegt allerdings bei den bundesdurchschnittlichen 30%. Dass Ökostrom auch günstiger sein kann als "Egalstrom" zeigen zurzeit die Elektrizitätswerke Schönau oder Lichtblick aus Hamburg, die Strom anbieten, der günstiger ist als der von Billiganbietern.

Ökologie macht Zukunft – wer heute nicht handelt, zahlt morgen drauf! Daher ist der Energiemix in Walldorf mittelfristig dahingehend zu ändern, dass sich der Anteil der regenerativen Energien deutlich erhöht.

Wir kündigen bereits heute an, dass wir bei der folgenden anstehenden Neuvergabe der Stromlieferungsverträge die Stadtwerke beauftragen werden, dass zur konventionellen eine alternative Ausschreibung erfolgen soll, bei der 30 Prozent des städtischen Strombedarfs als **zertifizierter Ökostrom** ausgeschrieben wird.

Ökologie macht Zukunft. Daher meinen wir, dass sämtliche kommunalen Vorhaben auf ihre **langfristige ökologische Verträglichkeit** überprüft werden müssen. Dies wird insbesondere im **Ausschuss für Technik, Umwelt und Planung** zu beachten sein.

b) Zur Mobilität

Zukunftsfähigkeit der Stadt in Bezug auf die Mobilität zu gewährleisten, bedeutet für uns, den Öffentlichen Personennahverkehr zu stärken. Was wir hier gerade nach der Umstellung des Fahrplans im Dezember 2006 erleben ist eine Frechheit. Unter dem Aspekt der Vernetzung der verschiedenen Dienstleister in unserer Region und der damit verbunden Synergieeffekte, die heute überall eine herausragende Rolle spielen, sollte eine Verbesserung des ÖPNV und Kosteneinsparungen erfolgen. Das Gegenteil ist der Fall,

allerorten hat sich das Angebot verschlechtert, Kosten konnten möglicherweise gesenkt werden, aber um welchen Preis? Hier muss man kommunal stärker in die Diskussion einsteigen, Druck machen und diese Dinge nicht übergeordneten Einrichtungen überlassen, die so abgehoben sind, dass sie die Wünsche der lokalen Nutzer nicht genügend berücksichtigen. Die negativen Erfahrungen mit dem Müll, dieser ist nur noch Aufgabe des Kreises, der ohne Rücksicht auf den Endverbraucher aber auf dessen Kosten Müllpolitik macht, siehe Diskussion um die Müllverbrennung, sollten wachsam machen.

Für den Sektor Mobilität halten wir nach wie vor unsere Forderung, nach dem Bau einer Straßenbahnlinie von Kirchheim über Sandhausen nach Walldorf, aufrecht. Auch wenn die Umsetzung im Moment nicht möglich erscheint, sollten die Planungen soweit vorangetrieben werden, dass sie fertig in der Schublade liegen und unter anderen finanziellen oder politischen Rahmenbedingungen jederzeit umgesetzt werden können. Aber dann bitte nicht so dilettantisch wie in Heidelberg.

Weiter ist an dieser Stelle ein vernünftiger Ausbau des Bahnhofes Wiesloch-Walldorf zu nennen, hier darf nicht ein gutes planerisches Konzept einem roll back geopfert werden, der eine Lösung absehbar werden lässt, die Altes nur modernisiert, aber Neues nicht kreiert.

Die **Ansiedlung von Geschäften des täglichen Bedarfs** etwa in Form eines „Reise- und Einkaufszentrums“ im Bahnhof sind mit dem nun vorgesehenen Konzept nicht in Gang zu bringen. Hier wären viele Nutzungen denkbar, die helfen würden, den Bahnhof wieder mehr als Reisezentrum und zentralen städtischen Ort im Bewusstsein zu verankern.

Unsere Fraktion unterstützt den Bau des **Parkhauses am Bahnhof**, gerade um den Umstieg auf den ÖPNV attraktiver zu machen – wobei hier sehr genau zu prüfen ist, ob dies ohne städtische Finanzmittel realisiert werden kann. Wir bitten die Verwaltung, die Realisierung dieses Vorhabens als Investoren- und Betreibermodell unter Berücksichtigung der zuwendungsrechtlichen Möglichkeiten nach dem GVFG zu prüfen.

2. Den Wirtschafts- und Bildungsstandort Walldorf festigen

Die beste kommunale Wirtschaftsförderung besteht darin, in Bildung und Betreuung zu investieren. Wir sind der Auffassung, dass Kindergärten als Bildungseinrichtungen zu betrachten sind. Ebenfalls regen wir erneut an, im neuen Kindergartenjahr flexiblere Öffnungszeiten in den Walldorfer Kindergärten anzubieten, vor allem in den konfessionellen Kindergärten, um den geänderten Bedürfnissen von Familien gerecht zu werden. Das Bündnis für Familien kann hier vielleicht schon in die Bedarfsplanung einbezogen werden.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf das Projekt „ Neue Soziale Mitte“ eingehen. In der Planung ist vorgesehen, dass im Neubaugebiet Walldorf-Süd eine Schule, ein Kindergarten, möglicherweise Altenwohnungen, usw. gebaut werden. Der Neubau einer Schule als Ersatz für marode Gebäude des Schillerschul-Komplexes macht noch Sinn, aber die anderen Planungen stellen sich für uns nicht als dringend dar. Dabei gilt es auch zu beachten, dass nach dem Neubau/Sanierung des katholischen Kindergartens St. Peter in den kommenden Jahren eine Renovierung des evangelischen Kindergartens ansteht, der ebenfalls von der Stadt zu finanzieren sein wird.

Ein weiterer Kindergarten-Neubau soll erst dann geplant werden, wenn ein abgesicherter, konkreter Bedarf vorliegt oder wenn andere, notwendige Betreuungsformen nicht in vorhandenen Einrichtungen oder Gebäuden praktikabel sind.

Diese Vorstellungen und Überlegungen basieren auf dem Aspekt der sinkenden Einnahmen unserer Kommune, hier vor allem der Gewerbesteuer, die auf Druck der SAP auf einen Hebesatz festgelegt wurden, der landesweit einmalig ist und inzwischen schon dazu führt, dass Firmen aus diesem Grund eine Ansiedlung in Walldorf ins Kalkül ziehen. Für unsere Haushaltssituation bedeutet dies jedoch, wir können aus den Steuereinnahmen gerade einmal unseren Verwaltungshaushalt ausgleichen. Mittel für Investitionen müssen aus der Rücklage entnommen werden, die nach den prognostizierten Berechnungen im Jahr 2010 aufgebraucht wären.

Gerade in jenem Jahr, in dem unser Bürgermeister aus dem Amt scheidet, unser Stadtbaumeister ein Jahr später. Und danach? Jeden Cent etliche Male umdrehen, Verteilungsstreitigkeiten für freiwillige Leistungen, Gebührenexplosionen, usw. usf. Das kann und darf nicht die Lösung sein!

Aus diesem Grund müssen alle kommenden Investitionen auf ihre unbedingte Notwendigkeit, auf ihre Nachhaltigkeit, auf ihre Wertigkeit überprüft werden. Schluss mit Denkmälern, mit der Argumentation „Wann, wenn nicht jetzt!“.

Die Alternative wäre nur, den Hebesatz für die Gewerbesteuer auf das landesübliche Mindestmaß anzuheben, den Konflikt mit der Firma SAP auszustehen, dann ist ein weiterwirtschaften wie bisher möglich.

Auf den Prüfstand muss nicht nur, die „neue soziale Mitte“, nein auch Planungen in Zusammenhang mit dem Hallenbad: Neubau, Renovierung oder reines Lehrschwimmbad sind dann zu diskutieren. Alle Bauvorhaben sind unter der veränderten Einnahmesituation neu zu justieren und zwar schon 2007.

In diesem Kontext müssen wir auch noch einmal auf unsere Rolle beim Bau der Sport- und Mehrzweckhalle hinweisen. Diese wird Ende des Jahres fertig und Walldorf hat eine Halle in einem Rahmen der unserer Stadt würdig ist. Erinnern möchten wir daran, dass nur auf unser Betreiben hin, Abstand genommen wurde von einer Planung, die ursprünglich um mehr als 10 Millionen Euro teurer sein sollte. Wir sahen unsere Kritik schon damals unter dem Aspekt der finanziellen Nachhaltigkeit. Es wurde Geld gespart, auch im Folgekostenbereich, aber und das ist das entscheidende, was wir damals prognostiziert haben, Einnahmeausfälle ist ziemlich rasch geschehen. Unsere damaligen Kritiker müssten sich heute für unsere Hartnäckigkeit bedanken.

Es kann passieren, was will. Es gibt immer einen, der es kommen sah.

Fernandel, in Walldorf sind das eben meistens wir.

Zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt sowie zu deren **familienfreundlicheren Gestaltung** beantragen wir, dem Umbau der Drehscheibe auch unter diesem Aspekt Rechnung zu tragen. Hier soll nicht nur der zentrale Umsteigebestandort für den ÖPNV vorherrschend sein. Die Einrichtung eines Cafés ist ja schon angedacht und dazu sollte auch ein Aufenthaltsbereich für Kinder in Form eines kleinen Spielplatzes oder Spielgeräten gehören.

Zur familienfreundlichen Stadt gehören auch die Angebote für **Senioren**. Hier wird in Walldorf schon einiges getan, Pflegeheim, Altenwohnungen, kulturelle Veranstaltungen und es soll noch mehr getan werden. Was in unserem Angebotssegment noch fehlt und was hoffentlich auch von der Umfrage bei den über 50-jährigen so zurückgemeldet wurde,

ist generationenübergreifendes Wohnen, dass von uns Grünen schon seit einigen Jahren gefordert wird.

Zur familienfreundlichen Stadt gehört für uns auch die Integration von Migranten. Als Aufgabenträger für die Kindergärten kann die Stadt hier aktiv werden. Eine geringere Gruppengröße in den Kindergärten zum Beispiel ermöglicht es, Kinder mit Migrationshintergrund hinsichtlich der Sprachförderung besser zu integrieren.

Und: uns allen ist klar, dass das Beherrschen der deutschen Sprache ausschlaggebend dafür ist, ob **Kinder aus Migrantenfamilien einen guten Schulabschluss** ablegen und somit einen Ausbildungsplatz finden können. Daher sehen wir es als wichtige Aufgabe an, Migrantenfamilien stärker in das öffentliche Leben zu integrieren. Möglicherweise wird nur die direkte Ansprache der jeweiligen Eltern dazu führen, dass diese an Elternabenden teilnehmen. Sollte die Kommune dies leisten müssen, wäre dies mit erheblichem Personalaufwand verbunden. Daher beantragen wir, in einer der nächsten Sitzungen des Ausländerausschusses darüber zu beraten, welche Möglichkeiten es gibt, um Eltern aus Migrantenfamilien zur Teilnahme an Elternabenden zu gewinnen.

3. Ausblick auf das Unternehmen Stadt

Viele Walldorferinnen und Walldorfer wollen, dass wir hier im Stadtrat daran arbeiten, die Lebens- und Wohnqualität in unserer Stadt zu erhalten und Strategien entwickeln, wie wir sie dort, wo sie verbesserungswürdig ist, auch verbessern können. Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen einen Arbeitsplatz – was eine wirtschaftlich dynamische Entwicklung voraussetzt. Sie wollen aber auch gute Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen. Sie wollen sozialen Frieden und dass wir in diesen schwierigen Zeiten unsere Schwachen nicht allein lassen. Sie wollen eine Umwelt, die uns gesund sein und bleiben und die Natur leben lässt. Und sie wollen vielfältige und hochwertige Kulturangebote und ebenso entsprechende Möglichkeiten, Sport zu treiben. All das in einer entsprechenden Ausgewogenheit unter einen Hut zu bringen, ist die Aufgabe, der wir uns tagtäglich stellen müssen.

Betrachtet man die demografische Entwicklung, so kommen auf die jüngere Generation einige Probleme zu. Wir verstehen die **Generationengerechtigkeit** unter dem Motto „die Generation, die bestellt und den Nutzen hat, muss auch bezahlen“ an. Deshalb müssen die Investitionsvorhaben der Zukunft vor dem Hintergrund der Unterhaltungs- und Zuschusskosten hinterfragt werden. Unsere Nachfahren sollen nicht von uns verursachte Probleme lösen müssen.

Für die **Klausurtagung** im Jahr 2007 beantragen wir, dass die Verwaltung eine Planung vorlegt, die eine Langzeitperspektive der Ausgaben und Einnahmen für die nächsten 10 Jahre umfasst und auf der Basis dieser Daten sind alle geplanten Maßnahmen auf ihre mögliche Umsetzung zu diskutieren.

Wir schlagen des Weiteren vor, das Thema **„interkommunale Zusammenarbeit“** während der Klausurtagung zu diskutieren. Denn hier sollte auch eine langfristige Perspektive entwickelt werden, deren Ziele und Vorstellungen vom Gemeinderat vorgegeben werden und nicht alleine von der Verwaltung. Für uns sind auch im Bereich **Hallenbad** gemeinsame Lösungen mit Wiesloch denkbar.

Zur Modernisierung des „Unternehmens Stadt“ gehört auch, dem gesteigerten Gesundheitsbewusstsein Rechnung zu tragen.

Der Antrag für ein „rauchfreies Walldorf“ stellt für uns einen ersten Schritt in diesem Bereich dar. Rauchen gefährdet die Gesundheit und zwar nicht nur die der Raucher, sondern auch die der Nichtraucher. Besonders für Kinder stellt Rauchen eine große Gefahr dar – sowohl gesundheitlich als auch unter dem Aspekt der Verführung zur Zigarette mit der Folge späterer Sucht. In einer familienfreundlichen Stadt wie Walldorf gilt es, Kinder so gut wie möglich zu schützen und die Lebensqualität so hoch wie möglich zu halten. Das Maximum an **Nichtraucherschutz** zu gewährleisten ist dabei unumgänglich.

Zum gesunden Leben gehört auch, Einrichtungen wie Trimm-Dich-Pfade oder Nordic-Walking-Strecken zu realisieren und dazu gehört die Öffnung städtischer Sporteinrichtungen für nicht Vereinsgebundene Mitbürger. Wer das Gezeter um die Sportplätze am Schulzentrum am eigenen Leib erfahren durfte, wie ca. 50 Freizeitkicker, hat Zweifel, das Attribut bürgerfreundliche Stadt mit Walldorf in Einklang zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
unsere Haushaltsrede haben wir unter den Titel „Mehr Nachhaltigkeit in der Stadtpolitik“ gestellt. Wir haben in der Vergangenheit, in der Gegenwart und werden es auch zukünftig tun, viele Vorschläge unterbreitet, wie man die Stadt auf die ökologischen, ökonomischen und finanziellen Herausforderungen unserer und der folgenden Zeit vorbereiten kann.

In den vergangenen Jahren haben wir festgestellt, dass sich gute, richtige Ideen durchsetzen – auch wenn es manchmal lange dauert. Wir setzen nun darauf, dass unsere Vorschläge bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber auch bei den Damen und Herren in der Verwaltung auf Interesse stoßen und wir so gemeinsam das Wohl der Stadt fördern können.

Dem Dank unserer Vorredner an die kleinen und großen Steuerzahler, an die ehrenamtlich Tätigen, an die Verwaltung schließen wir uns gerne an und wir werden der vorliegenden Haushaltssatzung zustimmen.

Vielen Dank für Ihr Interesse.

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen